

Gegen den Bürgerwillen kein Windrad im Staatsforst

Erlauholz Staatsregierung legt Wert auf den Dialog mit den Betroffenen.
Politische Vorgabe des Landwirtschaftsministers

VON THOMAS GOSSNER

Friedberg Im Streit um den geplanten Windpark im Erlauholz wollen die Bayerischen Staatsforsten das Gespräch mit den Bürgern suchen. „Wichtig ist, dass man miteinander redet“, sagte Pressesprecher Joachim Kefßler auf Anfrage unserer Zeitung. Bei der Entscheidung über den Bau der Anlage werde man auf die Stimmen der Bevölkerung hören. Dies ist auch die Linie, die Landwirtschaftsminister Helmut Brunner und dessen Vorgänger Josef Miller als Aufsichtsratsvorsitzende der Staatsforsten festgelegt haben.

Wie berichtet, laufen derzeit Überlegungen für den Bau von fünf jeweils 180 Meter hohen Windrädern im Erlauholz zwischen Bachern und Ottmaring. Der Projektbetreiber, die Firma Uhl aus Ellwangen, ist dazu bereits im Gespräch mit Privatwaldbesitzern und hat auch mit den Bayerischen Staatsforsten einen Standortsicherungsvertrag geschlossen.

Für den Freistaat spielt dabei nicht nur der Klimaschutz eine Rolle, sondern ebenso wirtschaftliche Überlegungen, denn die Betreiber der Windkraftanlagen zahlen für die Grundstücke natürlich Pacht. Zur Höhe der Beträge machen die Staatsforsten zwar keine Angaben. Die 30 000 Euro pro Windrad, die bei der Infoveranstaltung der Bürgerinitiative in Bachern genannt

worden waren, seien jedoch definitiv zu hoch, so Staatsforsten-Sprecher Kefßler.

Bei den Staatsforsten bemüht man sich jedenfalls um eine Versachlichung. „Ein Standortsicherungsvertrag erlaubt nicht den Bau der Anlage. Er erlaubt nur, dass man dort Untersuchungen anstellt“, be-

„Verantwortungsbewusst heißt, dass der Akzeptanz durch die betroffene Bevölkerung ein hoher Stellenwert zukommt.“

Ex-Landwirtschaftsminister
Josef Miller

tont Kefßler. Derzeit werde geprüft, ob überhaupt genügend Wind für einen wirtschaftlichen Betrieb der Kraftwerke vorhanden sei. Dann müsse die Anlage ein Genehmigungsverfahren durchlaufen, bei dem auch Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes erörtert werden. „Der Bau ist noch lange keine beschlossene Sache“, sagte Kefßler.

Zumal die Staatsforsten auf Geheiß des bayerischen Landwirtschaftsministers keine Konfrontation mit den Bürgern wollen. „Die Staatsregierung legt großen Wert darauf, dass die Realisierung nur in Abstimmung mit der Bevölkerung erfolgt“, zitiert Hubertus Wörner, Pressesprecher des Ministeriums, die politische Vorgabe.

Schon der vormalige Minister Miller hatte im Juli 2008 in einem Schreiben an den Oberpfälzer Abgeordneten Otto Zeitler festgehalten: Zwar sei es grundsätzlich vertretbar, wenn sich die Staatsforsten verantwortungsbewusst mit dem Wunsch von Investoren befassten, auf geeigneten Flächen im Staatswald Windenergieanlagen zu errichten. „Verantwortungsbewusst heißt – und das möchte ich an dieser Stelle besonders betonen – dass der Akzeptanz durch die betroffene Bevölkerung bei der Initiierung von solchen Vorhaben ein hoher Stellenwert zukommt“, fügte Miller hinzu: „Eine Akzeptanz kann nur erreicht werden, wenn die Staatsforsten zeigen, dass berechtigte Bedenken der direkt betroffenen Menschen ernst genommen werden.“

Oft seien Ängste vorhanden, die man in Gesprächen klarstellen könne, sagte Joachim Kefßler. Die Staatsforsten planen darum Aufklärungsveranstaltungen, um bei allen Beteiligten einen gleichen Wissensstand zu schaffen.

Gegen das Projekt hat sich bereits eine Bürgerinitiative formiert und 1200 Unterschriften gesammelt. Auf Biegen und Brechen soll der Windpark im Erlauholz aber nicht durchgesetzt werden. Die Staatsforsten stellten ihre Flächen dann lieber in anderen Gemeinden zur Verfügung, wo die Anlagen willkommen seien, so Kefßler. Denn auch solche Fälle soll es geben. » **Aufgefallen**



180 Meter hoch würden die Windräder im Erlauholz über den Stadtteil Bachern aufragen. Die Bürgerinitiative stellt dies in einer Fotomontage dar. Bild: privat

Staatsforsten

Das Unternehmen Bayerische Staatsforsten ist Ergebnis der im Herbst 2003 vom Bayerischen Ministerrat beschlossenen Forstverwaltungsreform. Kern der Reform war die Trennung der bisherigen Einheitsforstverwaltung in eine für Hoheit, Beratung und Förderung zuständige Forstverwaltung und ein nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen ausgerichtetes Unternehmen zur Bewirtschaftung des bayerischen Staatswaldes. Die Bayerischen Staatsforsten bewirtschaften rund ein Drittel der Waldfläche Bayerns und beschäftigt derzeit rund 3000 Mitarbeiter.